

807/AB

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 748/J-NR/1996 betreffend Maßnahmen der Bundesregierung bezüglich Sekten und destruktiven Kulturen, die die Abgeordneten Karl Öllinger und FreundInnen am 13. Juni 1996 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet :

1. Wann wird die geplante Arbeitsgruppe einberufen?

Antwort :

Die Arbeitsgruppe "Sekten" tagte am 27. Juni 1996 im Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten.

2. Wann wird von den zuständigen Bundesbehörden eine geeignete Broschüre zur Prävention und Information insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene herausgegeben?

Antwort :

Für die Herausgabe einer Informationsbroschüre zeichnet das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie verantwortlich, deren Erscheinen ist für Herbst 1996 vorgesehen.

3. Inwiefern wird die Aufklärungsarbeit an den Schulen und in Bildungseinrichtungen wirksam gefördert und verbessert werden?

Antwort :

Die Aufklärungsarbeit an Schulen wird durch thematische Bearbeitung im Rahmen des Religionsunterrichtes, durch die Referatstätigkeiten der Sektenbeauftragten und der Gesellschaft gegen Sekten- und Kultgefahren sowie von ReferentInnen aus dem medizinischen, psychologischen und geisteswissenschaftlichen Bereich insbesondere in Bildungseinrichtungen gefördert. Das Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten unterstützt gemeinsam mit den genannten Beratungsstellen Unterrichtsprojekte durch Informationsangebote in der Planungs- und Durchführungsphase. Beabsichtigt ist weiters die Entwicklung von Unterrichtsmaterialien und didaktischen Handreichungen für LehrerInnen.

4. Welche rechtlichen Maßnahmen werden zum Schutz potentieller Opfer und zum Schutz der um Aufklärung bemühten Personen ergriffen?

5. Inwiefern wurden die strafrechtlichen Bestimmungen überprüft und was war das Ergebnis dieser Prüfungen?

Antwort :

Rechtliche Maßnahmen zum Schutz potentieller Opfer sowie die Überprüfung der strafrechtlichen Bestimmungen liegen im Kompetenzbereich des Bundesministers für Justiz. Ich verweise daher auf die Beantwortung dieser Fragen durch den Bundesminister für Justiz.